



Partei **DIE LINKE.** ergreifen!

Ideale einer sozialistischen und
demokratischen Partei

*Beschluss des 13. Landesparteitages
am 18. Juni 2016 in Neukieritzsch*

Herausgegeben durch:

DIE LINKE. Sachsen
Antje Feiks (V.i.S.d.P)
Kleiststr. 10a
01129 Dresden

1. Auflage, Juli 2016

Bildnachweis:

Titelbild: Jakob Huber
Seite 8: Christian Mang
Seite 11: Michael Breyer
Seite 19: »Welcome2Stay - Freitag« /
De Havilland / CC BY 2.0
Sonstige Bilder: DIE LINKE

© 2016, DIE LINKE. Sachsen



Bundesparteitag 2014
in Dresden

Wir haben uns vor fast 10 Jahren als DIE LINKE zusammengefunden, um dem herrschenden neoliberalen Zeitgeist den Kampf anzusagen.

Gewollt von Menschen unterschiedlicher Herkunft eint uns dabei ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Mensch in Armut leben muss, in der alle Menschen selbstbestimmt und gleichberechtigt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus.

Wir nehmen sehr wohl zur Kenntnis, dass der Kampf gegen Ausgrenzung, für soziale Gerechtigkeit und Solidarität nicht einfacher geworden ist. Im

Gegenteil. Bereits seit der Einführung von Hartz IV waren vermeintlich »faule« und »arbeitscheue« Leistungsbezieher*innen oft genug Ziel gesellschaftlicher Ausgrenzung und Entsolidarisierung. In Folge der Finanzkrise und der damit verbundenen Rettung des Bankensystems vor dem Zusammenbruch entwickelte sich eine beispiellose Staatsfinanzierungskrise im Euroraum. Diejenigen Kräfte des Finanzmarktes, die eben noch unter erheblicher Kraftanstrengung durch die öffentliche Hand gerettet wurden, wendeten sich nun gegen die vermeintlich schwächsten Staaten. Europa, insbesondere Deutschland, antwortete darauf nicht mit einem Zeichen der Solidarität, sondern mit Ausgrenzung und einer unsozialen Kürzungspolitik gegen die betroffenen Staaten mit schier unglaublichen Folgen für die dort lebende

Bevölkerung. Beispielhaft sind hier Griechenland und Spanien zu nennen.

Der politisch vorangetriebene Rückbau staatlicher Leistungen führte dazu, dass die Armut nach Europa zurückkehrte. Einher ging dieser Prozess mit einer aggressiv nationalistischen Kampagne, einer nationalen Überhöhung Deutschlands und einer Abwertung der vermeintlichen Pleitestaaten durch große Teile der Gesellschaft. Die Saat der nationalen Überhöhung ging auf, als hunderttausende Schutzsuchende den Weg nach Europa fanden, um Krieg, Terror und Verfolgung in ihrer Heimat zu entfliehen. Die europäische Solidarität, die Deutschland angesichts dieser Situation von anderen Mitgliedsstaaten einfordert, hatte man zuvor jedoch selbst mit einzureißen geholfen. Uns ist es nicht gelungen, dieser gesellschaftliche Entsolidarisierung, diesem nationalen Dünkel unser Ziel von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität wirksam entgegenzusetzen.

Doch gerade in diesen Zeiten bietet DIE LINKE als sozialistische Partei einen konkreten Mehrwert. Unsere Partei steht in einer langen Tradition im Kampf um soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung, Weltoffenheit und Solidarität, die weit in die über 150-jährige Geschichte der Arbeiter*innenbewegung zurückreicht.

Gerade weil wir diese Gesellschaft nachhaltig demokratisch, solidarisch, emanzipatorisch, ökologisch und gerecht umgestalten wollen, geben wir uns nicht dem Irrglauben hin, dass wir mit Blick auf kurzfristige Wahlergebnisse unsere grundlegenden Überzeugungen opfern sollten. Unsere Politik würde dadurch nicht attraktiver, sondern schlichtweg unglaubwürdig.

Wir sind anders als die anderen Parteien. Wir stehen als Einzige außerhalb des neoliberalen Blocks. Wir streiten und werben für unsere grundsätzlichen Überzeugungen, gerade auch dann, wenn es schwer wird.

Wir wissen: Mit unseren Zielen werden wir nicht jede und jeden erreichen. Wir sind die Lobby derer, die gesellschaftlich und parlamentarisch keine Lobby haben. Wir kämpfen für diejenigen, die den gesellschaftlichen Reichtum produzieren, deren Ausbeutung und Unterdrückung jedoch die Grundlage für die Anhäufung riesiger Reichtümer auf Seiten der Bourgeoisie ist. Wir kämpfen für die Arbeiter*innen, die Angestellten und die sich selbst ausbeutenden Scheinselbstständigen, welche die weit überwiegende Mehrheit dieser Gesellschaft bilden.

Wir ergreifen Partei für all jene, die im Kampf um Demokratie, für soziale Gerechtigkeit, für die Idee eines solidarischen Europas und für Mitmenschlichkeit unserer Unterstützung bedürfen.

Wir sind demokratische Sozialist*innen.



13. Landesparteitag 2016
in Neukieritzsch

Partei ergreifen für die Demokratie

Für Linke eine Selbstverständlichkeit: Die Gesellschaft, in der wir leben, ist alles andere als perfekt. Sie drängt Menschen oft genug an den Rand, bietet zu wenige Möglichkeiten der Mitgestaltung und der freien Entwicklung. Der demokratische Akt reduziert sich viel zu oft auf die Kreuze auf dem Stimmzettel aller vier bis fünf Jahre. Wirkliche demokratische Mitgestaltung, ob im Bund, im Land oder gar in den Kommunen bleibt dabei häufig auf der Strecke. Sei es aus Finanzgründen oder reinem Unwillen herrschender Politik.

Doch bei allen Fehlern, die diese Demokratie hat: Die Grundrechte und Freiheiten, die mit dem Grundgesetz errungen wurden, sind für uns bedingungslos zu verteidigen. Sie bilden die Voraussetzung für eine weitere Demokratisierung der Demokratie. So, wie Max Reimann einst für seine KPD-Fraktion im ersten Deutschen Bundestag beschwor, dem Grundgesetz nicht zuzustimmen, aber die im Grundgesetz gesetzten Werte bis zum Letzten auch gegen die zu verteidigen, die es damals beschlossen, fühlen wir uns deshalb diesen Werten verpflichtet. Denn wir wissen: Der Weg zur gesellschaftlichen Solidarität ist noch weit, doch gibt es derzeit auch viel zu verlieren.

Dort, wo Grund- und Freiheitsrechte in Frage gestellt oder ganz beseitigt werden sollen, da findet man in uns die Partner*innen zur Verteidigung dieser Rechte. Wir werden stets widerstehen: Egal, ob jemand den Überwachungsstaat einführen, Freiheitsrechte der Menschen einschränken oder Grundrechte wie das auf Asyl schleifen will.

Unser Ziel ist die Demokratisierung der Demokratie. Wir setzen uns nicht nur dafür ein, Beteiligungsmöglichkeiten egal ob vor Ort oder auf höheren Ebenen zu schaffen und auszubauen, zur Teilhabe einzuladen und Mitgestaltung zu ermöglichen. Wir haben auch konkrete Konzepte, die Teilhabe ermöglichen, zum Beispiel durch Senkung der Quoren bei der Realisierung direktdemokratischen Verfassungselementen, bei der Stärkung der demokratischen Mitgestaltung durch Bürgerhaushalte und -foren und einer umfassenden Initiative für Transparenz in politischen Entscheidungsprozessen.

Um Teilhabe zu sichern, müssen aus unserer Sicht zu den demokratischen und Freiheitsrechten zusätzlich soziale Rechte treten, die ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit, ohne existenzielle Ängste garantieren und so gesellschaftliche Teilhabe aller erst ermöglichen. Für uns – auch als Lehre der eigenen Geschichte – sind soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und die Garantie von Grund- und Freiheitsrechten daher untrennbar miteinander verbunden.

Wir ergreifen Partei für die Demokratie.

tisler
oppen!

29. Januar

Ja

DIE LINKE.



Krankenhaus-
Bürgerentscheid

www.aus-verantwortung-ja.de

Bürgerentscheid gegen die Privatisierung der
Dresdner Krankenhäuser 2012



Frauen*kampftag 2016
in Berlin

Partei ergreifen für Selbstbestimmung

Obwohl sich die Gesellschaft, in der wir leben, gerade in Abgrenzung zu anderen Ländern gern für ihre emanzipatorischen Errungenschaften rühmt, macht es auch bei uns einen eklatanten Unterschied, ob ein Mensch als Mann oder als Frau sozialisiert ist. Bereits in der frühen Kindheit werden Mädchen* andere Aufgaben, Rollen und Eigenschaften zugeschrieben als Jungen*. Diese Konfrontation mit Rollenbildern setzt sich durch das gesamte Leben fort und führt zu erheblichen Unterschieden, sei es bei der Berufswahl, beim Zugang zu gesellschaftlichen Einflussmöglichkeiten, zu finanziellen Ressourcen, bei der Lebensgestaltung. Noch schwieriger ist die Situation für Menschen, die sich nicht einem der beiden Geschlechter zuordnen können oder wollen – sie werden nicht nur marginalisiert, sondern erfahren auch im hohem Maß Diskriminierung. Die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger emanzipatorischer Kämpfe um Selbstbestimmung. Gleichzeitig sind alle Verbesserungen, die erreicht wurden, immer wieder von einem konservativen Rollback bedroht. Gerade heute erleben wir, dass Rechte von Frauen und LGBTIQ (lesbische, schwule, bisexuelle, transgender, transsexuelle, intersexuelle und queere Menschen) von rechtskonservativen Kräften angegriffen und zur Disposition gestellt werden.

DIE LINKE stellt sich diesen Bestrebungen als emanzipatorische und feministische Partei entschieden entgegen. Wir streiten für eine Gesellschaft, in der alle Menschen selbst über ihr Leben, ihren Körper, ihre sexuelle Orientierung und Identität entscheiden können. Jede Person soll unabhängig vom zugeschrie-

benen Geschlecht über Berufswahl, Beziehungsform und Familienplanung entscheiden können. Dafür ist es unerlässlich, ungleiche Zugänge sichtbar zu machen und gesellschaftspolitisch abzubauen, sei es durch die Aufwertung von sozialen Berufen, die finanzielle Anerkennung von Carearbeit, den Zugang zu und die Teilhabe an relevanten Einflussmöglichkeiten, eine umfassende geschlechtersensible Bildungsarbeit oder Beratungs- und Unterstützungsangebote für von Diskriminierung betroffene.

Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der Sexismus, Homo- und Transfeindlichkeit und sexualisierte Gewalt geächtet und ein respektvoller Umgang selbstverständlich wird.

Partei ergreifen für Unterstützungsbedürftige

Eine Gesellschaft, die so viele innere Widersprüche produziert, bringt viele Menschen hervor, die gesellschaftlicher Unterstützung bedürfen. Seien es Geringverdiener*innen und Niedriglöhner*innen, die von ihrer eigenen Arbeit nicht leben können, Langzeitarbeitslose und Hartz-IV-Beziehende und Alleinerziehende, die keine Chance erhalten, ihren Lebensstandard selbst zu erwirtschaften, oder Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben und deren Rente kaum zum Leben reicht. Es sind aber auch Schüler*innen, die in einem selektiven Schulsystem ausgesondert werden und Förderung und Hilfe benötigen, die Studierende, die auf ein elternunabhängiges Bafög angewiesen ist oder Menschen mit Beeinträchtigungen. Sie alle und noch viel mehr sind auf gesellschaftliche Solidarität angewiesen. Sie alle haben ein Recht darauf, nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden.

Im Gegensatz zum gesellschaftlichen und politischen Mainstream stempeln wir diese Menschen nicht als abhängig oder benachteiligt ab. Wir nehmen sie viel mehr mit ihren Sorgen und Nöten ernst. Wir wollen sie unterstützen. Und wir wollen sie befähigen, für ihre eigene Sache inmitten der Gesellschaft zu kämpfen. Wir wollen, dass all jene sich als vollwertigen Teil der Gesellschaft betrachten und nicht als Bittsteller*innen oder als minderwertig. Und wir bieten als Partei Konzepte, die ihnen ein würdevolles Leben in der Gesellschaft ermöglichen. Zum Beispiel indem wir dafür kämpfen, dass Arbeit gerecht verteilt und gut

entlohnt wird, so dass jeder und jede die Möglichkeit hat, sich in Lohnarbeit zu begeben, dass es eine Schule für alle bis mindestens Klasse 8 gibt, dass eine Bürger*innenversicherung sowie eine solidarische Mindestrente oder eine sanktionsfreie Mindestsicherung für alle geschaffen werden.

Wir ergreifen Partei für alle Menschen, die gesellschaftlicher Unterstützung bedürfen.



Benefizfußballspiel gegen Kinderarmut
des Parteivorstandes 2016 in Rostock



Unterstützung des »Refugee Support Calais« aus Leipzig
im tränengasverhangenen »Jungle« von Calais 2016

Partei ergreifen für Humanität

Die Welle der Hilfsbereitschaft in unserem Land hat im vergangenen Jahr neue Höhen erreicht. Dort wo der Staat viel zu häufig kapitulierte, sprangen unermüdlich Ehrenamtliche ein, die für nichts – nicht einmal für die bisher ausgebliebene Anerkennung – Helfende in der humanitären Krise wurden.

Doch schon zuvor haben sich tausende Menschen in diesem Land mit voller Kraft für andere Menschen eingesetzt. Sei es bei den Tafeln, in Obdachloseninitiativen, bei Ämterbegleitungen oder in der Sozialberatung, in sozialen, kulturellen, interkulturellen, queerfeministischen Sport- oder Jugendprojekten. Oft haben Menschen mit ihrem Engagement so Hilfe zur Selbsthilfe ermöglicht, die eigentlich von staatlicher Seite geboten werden müsste. Viel zu oft haben Sparrunden und Kürzungen als Folgen von verfehlter Politik, dieses Engagement überhaupt erst notwendig und zugleich möglich gemacht.

Von jeher sind es auch unsere Mitglieder und Sympathisierenden, die sich in solchen Initiativen engagieren. Schon lange unterstützt unsere Partei solche Initiativen in ihrer Arbeit. Weil für uns stets der Mensch und ein würdiges Leben für alle im Mittelpunkt steht. Weil wir uns kümmern. Mitmenschlichkeit kennt für uns keine Obergrenze. Und genau deshalb können und wollen wir uns nicht darauf verlassen, dass engagierte Menschen allein diejenigen auffangen müssen, die durch das staatliche Netz gefallen sind. Wir wollen nicht, dass Menschen überhaupt erst in Zwangssituationen geraten, die sie von der Hilfe anderer abhängig machen. Wir wollen mit diesen Menschen gemeinsam die Ursachen beseitigen. Wir wollen ein funktionierendes gesellschaftliches

System, welches in der Not selbstverständlich auffängt. Wir wollen diese Gesellschaft sozial gerecht verändern, um ein Leben in Würde gemeinsam für alle möglich zu machen. Wir ergreifen deshalb Partei für die Humanität.

Die Mitglieder der LINKEN. Sachsen und insbesondere deren Repräsentant*innen in den Parlamenten und kommunalen Vertretungskörperschaften werden deshalb offensiv den Vertreter*innen menschenfeindlicher, rassistischer und anderen rechter Positionen, wie sie beispielweise von der AfD vertreten werden, in der öffentlichen Debatte entgegentreten.

Partei ergreifen für das solidarische Europa

Für uns ist die Europäische Union mehr als eine Summe von Freihandelszonen und Raum des freien Warenverkehrs. Auf der einen Seite hat die Europäische Union als Projekt zu einer friedlichen Koexistenz und Kooperation ihrer Mitgliedsstaaten beigetragen. Auf der anderen Seite nehmen wir Entwicklungen wie die Reduzierung der europäischen Union auf einen leidlich funktionierenden Wirtschafts- und Währungsraum, eine Entsolidarisierung zwischen den europäischen Staaten, eine zunehmende Militarisierung der europäischen Außenpolitik und eine Abschottung zur Kenntnis, die unserer Idee eines gemeinsamen, solidarischen und demokratischen Europas zuwiderlaufen.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass sich unsere Warnungen vor der übereilten Schaffung eines europäischen Währungsraumes vor der Schaffung einer gemeinsamen Sozialpolitik bewahrheitet haben. Unsere Antwort auf diese Entwicklung ist jedoch nicht die eines Rückzugs in die Summe der Nationalstaaten. Sie muss im Gegenteil die von mehr Europa, die von einem anderen Europa sein. Wir wollen den europäischen Einigungsprozess fortführen, indem endlich eine gemeinsame Sozialpolitik und echte demokratische Strukturen auf europäischer Ebene etabliert werden.

Gerade Sachsen nimmt dabei eine besondere Position ein: Durch seine Lage im Herzen Europas und im Dreiländereck mit Polen und der Tschechischen Republik wird eine landesspezifische Debatte, die Europa auf Grenzkriminalität und manchmal kleinlich wirkende Verordnungen reduziert, der Realität nicht gerecht. Längst fährt man nicht

mehr nur nach Polen und Tschechien, um vermeintlich günstig zu tanken, preiswert zum Friseur zu gehen oder Zigaretten zu kaufen. Das Leben an der offenen Grenze hat zu einem gesellschaftlichen und kulturellen Austausch geführt. Görlitz und Zgorzelec sind zum Beispiel als Europastadt zusammengewachsen. Bei allen Schwächen, die es noch gibt: Menschen leben, arbeiten und lieben gemeinsam diesseits und jenseits der alten Schlagbäume. Zusehends und insbesondere in den jüngeren Generationen verschwinden auch die Sprachbarrieren. Selbst gemeinsame Schulen und Kindergärten sind längst Realität. Jedes Bestreben, Europas Grenzen wieder zu schließen, führt zwangsläufig zu einem Ende genau dieser Normalität. Es wäre ein einschneidender Eingriff in das Leben der Menschen im Land.

Wir wollen diese entstandene Normalität nicht nur bewahren, wir wollen sie ausbauen. Unsere Nachbar*innen sind für uns nicht willkommene Absatzmärkte für die heimische Wirtschaft, sondern Partner*innen bei der Lösung anstehender Aufgaben. Gemeinsame grenzüberschreitende Projekte, gerade auf kommunaler Ebene, können helfen, gleiche Problemlagen gemeinsam besser und einfacher zu lösen.

Wir ergreifen deshalb Partei für eine soziale und friedliche europäische Idee.

Peace

Demokratie

Sicherheit

Frieden

Solidarität

DIE

TEILHABE
FÜR JEDE
UND JEDEN!

Europaparteitag 2013
in Hamburg

The image shows the front of a red vintage car with a white roof. The car has a large white banner across the hood with the text "Unterwegs für Sachsen" in red and "DIE LINKE." in black. The car's grille is white with a central emblem. The windshield shows a steering wheel and a dashboard with a fan. Inside the car, there are red curtains and a vase of sunflowers.

Unterwegs für Sachsen

DIE LINKE.

»Barkas-Tour« durch Sachsen
im Sommer 2014

Partei ergreifen für die Menschen im Land

DIE LINKE. Sachsen ist eine Partei für Sachsen. Unser Engagement bezieht sich dabei aber nicht auf Sächsische Folklore, wie die Forderung nach einer Sachsenhymne oder die Beschwörung des patriotischen Sachsenstolzes, wie man es viel zu häufig von der CDU vernimmt. Wir wollen die tatsächlichen Probleme, die es in unserem Land gibt, anpacken und die Lebensqualität für alle, egal, ob hier geboren oder nicht, verbessern. Wir benötigen für Sachsen neue Ansätze zur Landesentwicklung: weg von den Leuchttürmen, hin zu gleichwertigen Lebensbedingungen in Stadt und Land. Alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen überall gleichermaßen gewährleistet sein. Dafür müssen die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Die sächsische Politik hat es in vielen Bereichen mutwillig versäumt, mit der Zeit zu gehen. Vor allem im Bereich der Inklusion ist es bei Lippenbekenntnissen geblieben. Wir wollen das nicht länger hinnehmen. Es muss hier in Sachsen lebenden Menschen, egal welcher Herkunft, welchen Geschlechts, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, ermöglicht werden, in gleichem Maße am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Wir müssen uns auch der Herausforderung des Staates als Dienstleister für die Menschen stellen. Die verfehlte Personalpolitik der letzten 26 Jahre muss umgekehrt werden. Die Folgen des Mangels an Lehrpersonal sowie bei Beschäftigten in Polizei, Justiz und Verwaltung bekommen die Bürger*innen tagtäglich zu spüren. Hier weiterhin zu sparen, kommt uns alle später teuer zu stehen.

Eng mit der Entwicklung des ländlichen Raumes sind auch die Herausforderungen der Energiewende und dem damit verbundenen Strukturwandel in den davon betroffenen Regionen, vor allem in der Lausitz, verbunden. Sachsen darf hier nicht einfach nur Beobachter, sondern muss im Sinne der dort lebenden Menschen handelnder Akteur sein. Diese Regionen dürfen nicht ausbluten. Ungeachtet dieser Problemlage erkennen wir aber natürlich die Verantwortung Sachsens bei der Energiewende an und fordern einen Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2040. Doch was passiert mit den Arbeitsplätzen? Auch hier darf sich die sächsische Politik nicht zurücklehnen. Es wird Zeit, dass sich ein sächsisches Arbeitsmarktprogramm massiv im Landshaushalt niederschlägt. Wir müssen es den Menschen, die schon länger hier leben und aus verschiedensten Gründen keine Arbeit haben, aber auch den neu hinzugekommenen, hochmotivierten und vor allem jungen Geflüchteten ermöglichen, ihre Potenziale auszuschöpfen. Arbeit ist ein wesentlicher Faktor zur Integration in die Gesellschaft. Wir kämpfen aber vehement gegen die CDU-Strategie, Sachsen als Niedriglohnland zu vermarkten. Arbeit muss sich lohnen – Ausbeutung werden wir nicht tolerieren.

Auch für Sachsen gilt, dass DIE LINKE sozial mit aller Kraft ist. So sehen wir uns gerade angesichts des Spardiktats des sächsischen Finanzministers als Hüter des sozialen Ausgleichs.

Unsere dementsprechenden Konzepte bringen wir ein und suchen dafür gesellschaftliche Unterstützung.

Raus aus der Mitte

Es ist ein absurdes Schauspiel: Im politischen Raum will jeder Mitte sein, auch die ganz rechts. Keiner will gerne außerhalb der politischen Mitte stehen. Außer uns. Wir sind nicht die politische Mitte. Aber wir wollen die Menschen aus der Mitte der Gesellschaft überzeugen, dass unser Weg der Weg in eine solidarische Gesellschaft ist. Wir kämpfen für die Mehrheit der Menschen, die äußerst vielgestaltige Lebensvorstellungen und verschiedene Interessen haben. Wir kämpfen für die gleiche Freiheit aller, sich selbstbestimmt und frei entwickeln zu können und dafür nicht an den Rand gestellt, ausgegrenzt, ausgebeutet und unterdrückt zu werden - hier und überall. In Zeiten in denen sich alle immer ähnlicher werden, werden alle Parteien unberechenbar.

Wir sind anders. Auf uns können sich Freund*innen wie Gegner*innen verlassen. Wir machen keine Politik zum Selbstzweck, sondern für die Menschen. Und wir wollen sie mit den Menschen gestalten. Unsere Grundüberzeugungen sind Ergebnisse von konstruktiven Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen, aber auch mit Partner*innen und Gegner*innen. Unsere Grundüberzeugungen sind Richtschnur unseres Handelns im politischen Raum. Manche werfen uns vor, wir seien ideologisch. Ja, das sind wir. Im Kern macht uns genau das berechenbar, weil unser Handeln vorhersehbar ist und begründet aus tiefer Überzeugung resultiert.

Es ist unsere Aufgabe, dafür zu kämpfen, dass sich die Lebensverhältnisse für alle Menschen verbessern, hier und überall. Es ist unsere Aufgabe, Ausbeutung und Unterdrückung zu bekämpfen - hier und überall. Es ist unsere Aufgabe, hier und heute für ein besseres Leben, für ein

Leben in Würde für alle Menschen zu arbeiten. Das tun wir. Gemeinsam mit denen, die es betrifft, die unsere Überzeugungen teilen. Wir laden dazu ein. Wir sind die Partei der Demokratie. Wir sind die Partei, die sich um jene kümmert, die gesellschaftliche Unterstützung benötigen. Wir sind die Partei der Humanität und der europäischen Idee.

Kurzum: Wir sind anders als die anderen. Gemeinsam mit den Menschen im Land wollen wir für andere politische Mehrheiten im Land kämpfen. Mehrheiten für unsere Vorschläge, für ein solidarischere, eine demokratischere, eine feministischere, eine weltoffene, friedliche und humane Gesellschaft.

Wir sagen: Raus aus der Mitte. Wir kämpfen für den demokratischen Sozialismus.

Wir sind DIE LINKE.



Kongress »Welcome2Stay«
2016 in Leipzig

Ich will Partei ergreifen!

- Ich will mehr Informationen über DIE LINKE bekommen.
- Ich will ein Gespräch vor Ort.
- Ich will Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Frau Herr Name, Vorname

Geburtsdatum

Beruf

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

Bitte
freimachen






DIE LINKE. Sachsen

Kleiststr. 10 a

01129 Dresden

Einfach ausfüllen und per Post senden. Oder per Fax an **0351 / 85 32 720**. Weitere Informationen findest Du auch im Internet auf **www.dielinke-sachsen.de**.

www.dielinke-sachsen.de

-  www.dielinke-sachsen.de
-  kontakt@dielinke-sachsen.de
-  fb.com/dielinke.sachsen
-  [@linke_sachsen](https://twitter.com/linke_sachsen)
-  [@dielinke.sachsen](https://www.instagram.com/dielinke.sachsen)